

MERKBLATT ANTRAGSAUFRUF

ZUR MAßNAHME
AGRARINVESTITIONSFÖRDERUNGSPROGRAMM

Änderungen zum Merkblatt vom 24.08.2018 sind
markiert.



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

**HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.**

www.europa.sachsen-anhalt.de

Magdeburg, 16.10.2018

Antragsaufruf Agrarinvestitionsförderungsprogramm

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie) RdErl. des MLU vom 22.7.2015 - 51.2-60120/8.3 MBl. LSA Nr. 1/2016 vom 18.1.2016 in der jeweils geltenden Fassung wird die Teilmaßnahme M 04.0001 „Unterstützung für Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe“ des EPLR des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzt.

Es werden Investitionen in eine wettbewerbsfähige, nachhaltige, besonders umweltschonende, besonders tiergerechte und multifunktionale Landwirtschaft mit öffentlichen Mitteln unterstützt.

Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, zur Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten und zur Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung des Verbraucher-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutzes.

Das Auswahlverfahren findet am ~~10.10.~~ 29.11.2018 statt. Anträge, die bis zu diesem Zeitpunkt vollständig und förderfähig sind, werden in die Auswahl der zu fördernden Anträge einbezogen. Anträge, bei denen bis zu diesem Stichtag keine Entscheidung über eine Förderfähigkeit getroffen werden konnte, können in diesem Auswahlverfahren nicht für eine Förderung ausgewählt werden.

Als Förderbudget für die auszuwählenden Anträge sind rund 4,83 Mio. EUR vorgesehen. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt unter finanzieller Beteiligung des Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz an der Finanzierung. Bitte beachten Sie, dass eine Bewilligung erst nach Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel erfolgen kann.

Für 2018 wird es keinen weiteren Auswahlstichtag geben. ~~Zu diesem neuen~~



~~Stichtag wird dieser Antragsaufruf aktualisiert.~~

Magdeburg, den 16.10.2018

Merkblatt zum Agrarinvestitionsförderungsprogramm

1. Allgemeine Hinweise

- 1.1. Die Förderung wird im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR) des Landes Sachsen-Anhalt auf der Grundlage der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie) RdErl. des MLU vom 22.7.2015 - 51.2-60120/8.3 MBl. LSA Nr. 1/2016 vom 18.1.2016“, geändert durch RdErl. des MLU vom 19.4.2016 – 14/51.2-60120/8.3 MBl. LSA Nr. 31/2016 vom 5.9.2016 S. 510, zuletzt geändert durch RdErl. des MULE vom 26.9.2017 – 65.2-60120/8.3 MBl. LSA Nr. 14/2018 vom 30.4.2018, S.187 in der jeweils geltenden Fassung, gewährt.
- 1.2. Dieses Merkblatt enthält ergänzende und erläuternde Hinweise zur o. g. Richtlinie. Die Regelungen dieser Richtlinie, des jeweiligen Zuwendungsbescheides und seiner Anlagen sind zu beachten.
- 1.3. Es sind die vorgeschriebenen einheitlichen Antragsformulare zu verwenden.
- 1.4. Ein Antrag auf Förderung nach den o. g. Richtlinien ist nur gültig in Verbindung mit dem vollständig ausgefüllten Formular „Stammdatenbogen für Beihilfen, Prämien und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL bzw. ELER finanziert oder mit dem Zahlstellenverfahren durchgeführt werden, Bundesland Sachsen - Anhalt“. Die Richtlinien, das Formblatt für den Antrag sowie weitere Unterlagen und Informationen werden im Internet unter www.elaisa.sachsen-anhalt.de bereitgestellt.
- 1.5. Anträge sind bei der Bewilligungsbehörde, dem Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, einzureichen, in dessen Zuständigkeitsbereich sich der Betriebs-sitz des Unternehmens befindet.

Die Zuständigkeitsbereiche der vier Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten sind regional nach Landkreisen abgegrenzt:

- **ALFF Altmark:** Landkreise Stendal, Jerichower Land, Altmarkkreis Salzwedel,
- **ALFF Anhalt:** kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg,
- **ALFF Mitte:** Landkreise Börde, Harz, Salzlandkreis, Stadt Magdeburg
- **ALFF Süd:** Landkreis Mansfeld-Südharz, Saalekreis, Burgenlandkreis, Stadt Halle.

Die Adressen der Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten finden Sie im Internet unter <http://www.alff.sachsen-anhalt.de/>.

- 1.6. Die Verwaltungsbehörde „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (VB ELER) im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Editharing 40, 39108 Magdeburg, e-mail: ELER-VB.MF@Sachsen-Anhalt.de gibt zum EPLR, unter dem die Maßnahme von der Europäischen Union mitfinanziert wird, und zu Bewertungen auf EPLR-Ebene Auskunft. Die VB ELER informiert auf Nachfrage auch zu anderen Kontaktstellen auf nationaler Ebene und ist zudem Beschwerdestelle gemäß Artikel 74 Absatz 3 der VO (EU) Nr. 1303/2013.

2. Wer wird gefördert, wer ist von der Förderung ausgeschlossen?

- 2.1. Die Unternehmen müssen im Sinne des Anhangs I der VO (EU) Nr. 702/2014 der Kommission Kleinst-, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sein. KMU sind Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf weniger als 43 Mio. EUR beläuft.
- 2.2. In Sachsen-Anhalt werden eingeschränkt dazu nur Unternehmen gefördert, die über einen Jahresumsatz von höchstens 10 Mio. EUR zum Zeitpunkt der Antragstellung verfügen. Die Ermittlung des entsprechenden Jahresumsatzes orientiert sich an den diesbezüglichen KMU-Vorschriften (Anhang I der Verordnung EU 702/2014).
- 2.3. Die KMU-Kriterien unter 2.1 als auch die Begrenzung des Jahresumsatzes unter 2.2 sind grundsätzlich zum Zeitpunkt der Antragstellung zu bewerten. Ein Förderausschluss wird erst dann wirksam, wenn es in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zu einer Überschreitung kommt. Bei Partnerunternehmen und verbundenen Unternehmen sind konsolidierte Jahresabschlüsse für eine Wertung heranzuziehen. Die im Investitionskonzept dargestellten Jahresabschlüsse sind für die Beurteilung heranzuziehen. Es werden zur Beurteilung der Schwellenwerte Jahresabschlüsse herangezogen, die den Anforderungen eines BMEL-Jahresabschlusses entsprechen.
- 2.4. Vorhaben von Kooperationen können gefördert werden. Kooperationen sind Zusammenschlüsse von mindestens zwei landwirtschaftlichen Betrieben.
- 2.5. Börsennotierte Aktiengesellschaften werden nicht gefördert.
- 2.6. Unternehmen in Schwierigkeiten werden nicht gefördert.
- 2.7. Antragsteller, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen, können gefördert werden. Die Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke ist durch den letzten vorliegenden Bescheid des zuständigen Finanzamtes über die Körperschaftssteuer nachzuweisen. Liegt zunächst nur ein vorläufiger Körperschaftsteuerbescheid vor, ist der endgültige Bescheid nachzureichen. Diese Voraussetzung ist mindestens über den Bewilligungszeitraum aktenkundig zu belegen.

3. Was wird gefördert? Was wird nicht gefördert?

- 3.1. Gefördert werden Investitionen, die zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten, Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung des Verbraucher-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutzes beitragen.
- 3.2. Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen beträgt 20.000 Euro.
- 3.3. Gebrauchte Maschinen werden nicht gefördert. Als neue Maschinen gelten „fabrikneue“ Maschinen. Vorführmaschinen gelten als neu, wenn diese erstmals an einen Nutzer zum marktüblichen Wert übergehen.

- 3.4. Junglandwirte können eine zusätzliche Förderung erhalten, wenn sie zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 40 Jahre und geschäftsfähig sind und die Investition in den ersten 5 Jahren nach der erstmaligen Niederlassung erfolgt. Juristische Personen können keine Junglandwirteförderung in Anspruch nehmen. Bei Personengesellschaften richtet sich die Höhe des Junglandwirtezuschusses nach dem haftenden Gesellschaftsanteil des Junglandwirtes. Bei Kommanditgesellschaften kommt eine Förderung nur für die Komplementäre in Betracht. Es erfolgt eine anteilige Berechnung.
- 3.5. Energiegewinnungsanlagen sowie damit zusammenhängende bauliche Anlagen und technische Einrichtungen, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz begünstigt werden, sowie Biogasanlagen sind nicht förderfähig.
- 3.6. Vorhaben, die mit anderen Mitteln gefördert wurden, dürfen nicht Gegenstand des Antrages sein. Bei Vorhaben, die über Marktordnung gefördert werden und Gegenstand von operationellen Programmen sein können, ist eine Doppelförderung auszuschließen. Angaben zur Mitgliedschaft in Erzeugerorganisationen sind zu machen, beziehungsweise ist die Bewilligungsbehörde über eine Finanzierung des Vorhabens aus anderen Quellen zu informieren.
- 3.7. Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder der Förderbanken der Länder ist möglich. Die beihilferechtliche Höchstgrenze beträgt maximal 40% des förderfähigen Investitionsvolumens.
- 3.8. Allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen, Baugenehmigung, Erarbeitung Investitionskonzept, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, Erwerb von Patentrechten und Lizenzen sind nur bis zu einem Höchstsatz von 12 % der Bemessungsgrundlage möglich. Bemessungsgrundlage sind die förderfähigen Investitionsausgaben für die Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen, befristet bis 31.12.2019 förderfähige Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft, die zu einer deutlichen Minderung von Emissionen bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder zu einer deutlichen Minderung von Umweltbelastungen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln beitragen, Kauf von neuen Maschinen und Anlagen der Innenwirtschaft, einschließlich der für den Produktionsprozess notwendigen Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes.
- 3.9. Ab einem förderfähigen baulichen Investitionsvolumen von mehr als 100.000 EUR können Baubetreuergebühren gefördert werden. Der Baubetreuer muss vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes anerkannt sein. In einem gesonderten Katalog sind die vom Betreuer wahrzunehmenden Aufgaben benannt. Dieser ist unter www.elaisa.sachsen-anhalt.de einsehbar.
- 3.10. Bei Investitionen in Bewässerungsausrüstung ist nachzuweisen, dass eine Wassereinsparung von mindestens 25 % erreicht wird. Bei Erstanschaffung ist nur Wassersparende Technik förderfähig. Die Wasserentnahme muss genehmigt sein.
- 3.11. Mietkauf bzw. ähnliche Finanzierungsformen sind nur förderfähig, wenn das finanzierte und geförderte Objekt im Anlagevermögen des Zuwendungsempfängers aktiviert und der Zuwendungsempfänger auch tatsächlich Eigentümer wird.

- 3.12. Investitionsvorhaben in der Tierhaltung, die ein Investitionsvolumen von 4,5 Mio. EUR überschreiten, sind von der Förderung ausgeschlossen. Diese Obergrenze bezieht sich auf den Nettobetrag ohne Umsatzsteuer.
- 3.13. Alle Unternehmen, die Vorhaben im Rahmen des AFP beantragen, müssen eine Obergrenze für den Tierbestand von 2,0 GVE je Hektar selbst bewirtschafteter Fläche einhalten.
- 3.14. Die Förderung ist auf ein förderfähiges Investitionsvolumen von 2,0 Mio. EUR begrenzt. In den Jahren 2014 bis 2020 darf diese Obergrenze je Unternehmen nur einmal ausgeschöpft werden.

Für Einzelunternehmen sind dafür bei mehreren Investitionsvorhaben die förderfähigen Investitionsausgaben zu summieren. Förderfähige Investitionsausgaben, die über die genannte Obergrenze hinausgehen, sind von der Förderung ausgeschlossen.

Bei gesellschaftsrechtlich verbundenen Unternehmen ist die Obergrenze unter Einbeziehung der Unternehmen zu prüfen, an denen der Antragsteller mit 25 % und mehr beteiligt ist und bei Unternehmen, die am antragstellenden Unternehmen mit 25 % und mehr beteiligt sind.

- 3.15. Mit Veröffentlichung des Änderungserlasses der AFP- Richtlinie (RdErl. des MLU vom 19.04.2016 – 14/51.2-60120/8.3) im MBl. Nr. 31/2016 vom 5.9.2016 Seite 510 wird die Förderung im AFP zeitlich befristet um die Förderung von Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft, die zu einer deutlichen Minderung von Emissionen bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder zu einer deutlichen Minderung von Umweltbelastungen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln beitragen, erweitert.

Maschinen und Geräte zur Ausbringung von Wirtschaftsdüngern müssen nachweislich dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn die Geräte in einem Testverfahren nach DLG¹ oder VERA² erfolgreich geprüft wurden. Es wird davon ausgegangen, dass die in Anlage 5 der Richtlinie genannten Geräte mit und ohne Tankwagen, die eine direkte Einbringung der Wirtschaftsdünger in den Boden vornehmen, generell dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Gleiches gilt für Schleppschuhverteiler mit und ohne Tankwagen.

Die Maschinen und Geräte für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln müssen für eine Förderfähigkeit vom Julius Kühn-Institut (JKI) geprüft und anerkannt sein. Das JKI hat eine entsprechende Liste erstellt und auf seiner Internetseite veröffentlicht.

(<https://www.julius-kuehn.de/at/richtlinien-listen-pruefberichte-und-antraege/>)

Sobald weitere Maschinen und Geräte die Prüfung beim JKI erfolgreich abgeschlossen haben, wird die Liste entsprechend aktualisiert.

Zudem finden Sie auf der Internetseite des JKI Antworten zu häufig gestellten Fragen.

¹ Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft. Die DLG führt unter anderem Prüfungen von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten durch.

² Verification or Environmental Technologies für Agricultural Production. VERA ist eine multinationale Kooperation zwischen Dänemark, den Niederlanden und Deutschland zur Prüfung und Verifizierung von Umwelttechnologien im landwirtschaftlichen Sektor.

Selbstfahrende Maschinen sind sowohl bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern als auch bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht förderfähig.

- 3.16. Mit Änderungserlass der AFP- Richtlinie (RdErl. des MULE vom 26.9.2017 – 65.2-60120/8.3) im MBl. Nr. 14/2018 vom 30.4.2018 Seite 187 werden Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft förderfähig, die zu einer deutlichen Minderung von Umweltbelastungen durch gezielte Unkrautbekämpfung mittels neuartiger mechanischer Verfahren führen.

Dazu zählen Maschinen und Geräte zur mechanischen Unkrautbekämpfung für Reihenkultur, die über eine elektronische Reihenföhrung (mittels GPS, Ultraschall oder optischer Sensoren) verfügen. Maschinen und Geräte mit einer mechanischen Reihenföhrung sind nicht förderfähig.

- 3.17. Für den Sektor Wein gilt ab 01.01.2018 ein Förderausschluss von Investitionen in technische Anlagen und Geräte in der Kellerwirtschaft (insbesondere Einrichtung und Geräte zur qualitätssteigernden Traubenverarbeitung, zum Weinausbau, zur Füllung und zur Lagerung), Sortenumstellung und Umstrukturierung von Rebflächen und Verbesserung der Rebflächenbewirtschaftung sowie Installation von ortsfesten Tröpfchenbewässerungsanlagen auf der Rebfläche in Flach-, Steil- und Terrassenlagen.

Eine Förderung ist in diesen Fällen über das Nationale Stützungsprogramm Wein möglich. Bitte setzen Sie sich mit dem ALFF Süd in Verbindung.

- 3.18. Zukunftsgerichtete Haltungsverfahren für Sauen stehen derzeit in der Diskussion. Das umfasst auch den Abferkelbereich. Während der Phase der Debatte können allgemeinverbindliche Aussagen zur Ausgestaltung der Investitionsvorhaben, die mit öffentlichen Mitteln flankiert werden, nicht getroffen werden. Daher gilt für Vorhaben im Bereich Sauenhaltung ein geändertes Verwaltungsverfahren. Die Einzelfälle werden im MULE beurteilt, um insbesondere Antragsteller bei zukunftsgerichteten Investitionsentscheidungen zu unterstützen.

4. Wie wird gefördert?

- 4.1. Grundsätzlich beträgt die Förderung 20 % der förderfähigen Ausgaben. Das gilt auch für Stallbauinvestitionen bei Erfüllung der baulichen Anforderungen der Basisförderung.
- 4.2. Für Stallbauinvestitionen, die die baulichen Anforderungen der Premiumförderung erfüllen, können Zuwendungen in Höhe von 40 % der Bemessungsgrundlage gewährt werden.
- 4.3. Junglandwirten kann ein zusätzlicher Zuschuss von 10 % der Bemessungsgrundlage, maximal 20.000 EUR gewährt werden. Die 40 %-Grenze (Siehe 4.5) ist zu beachten.
- 4.4. Der Fördersatz für Betreuergebühren beträgt maximal 60 % der förderfähigen Betreuergebühren. Betreuergebühren werden bis zu einer Höhe von 2,5 % des förderfähigen Investitionsvolumens bis zu 500.000 EUR und bis zu 1,5 % des 500.000 EUR überschreitenden förderfähigen Investitionsvolumens anerkannt. Der Sockelbetrag für die Betreuergebühren beträgt 6.000 EUR und der Höchstbetrag 17.500 EUR.

- 4.5. Der Gesamtwert der gewährten Beihilfen darf nicht mehr als 40 % der Bemessungsgrundlage betragen.

5. Wie werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

- 5.1. Eine fortlaufende Antragsannahme der Bewilligungsbehörden ist zugelassen.
- 5.2. Detailliertere Informationen zu den Auswahlkriterien finden Sie unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/antragsstellung-und-antragsauswahl/>.
- 5.3. Die Bewilligungsbehörde bewertet die Anträge anhand der festgelegten Auswahlkriterien. Alle erforderlichen Nachweise sind zum Termin bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen, damit diese bei der Punktevergabe berücksichtigt werden können.
- 5.4. Die Anträge müssen einen Schwellenwert von 500 Punkten erreichen. Anträge, die diesen Schwellenwert nicht erreichen, werden abgelehnt.
- 5.5. Am Auswahlstichtag wird über alle in den ÄLFF vollständig vorliegenden zuwendungsfähigen Anträge eine Rangfolge der Bewilligung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel festgelegt. Die Gesamtpunktzahl eines Antrages entscheidet über die Rangfolge.
- 5.6. Bei Punktegleichstand werden zuerst Projekte der Imkerei und Wanderschäfferei ausgewählt. Besteht der Punktegleichstand fort, entscheidet der höhere prozentuale Grünlandanteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Unternehmens. Grundlage für die Ermittlung ist der aktuelle Betriebsprämienantrag zum Zeitpunkt der Antragstellung.
- 5.7. Anträge, die im Rahmen des für den Aufruf zugewiesenen Finanzmittelbudgets nicht bewilligt werden konnten, können auf eine Warteliste gesetzt werden. Die Anträge der Warteliste nehmen gleichberechtigt am nächsten Auswahlverfahren teil. Voraussetzung ist, dass die Fördervoraussetzungen, die Auswahlkriterien und der Schwellenwert des vorherigen Aufrufes unverändert gelten.
- 5.8. Im Rahmen des Auswahlverfahrens können beim Auswahlkriterium Weiterbildung folgende Maßnahmen und Abschlüsse anerkannt werden:
- Teilnahme an Fachlehrgängen mit Unternehmensbezug=> Nachweis durch Zertifikat und Programminhalt, ausgenommen CC-relevante Pflichtweiterbildungen und gesetzlich vorgeschriebene Pflichtmaßnahmen. Ebenfalls ausgenommen sind Veranstaltungen, welche die sachgerechte Erstellung der Förderanträge zum Gegenstand haben.
 - die bestätigte Teilnahme an Fachtagungen und Fachmessen => Nachweis durch Teilnahmebestätigung und Programmablauf
 - Hochschul- und Universitätsabschluss des Betriebsleiters oder der Betriebsleiterin innerhalb der letzten drei Jahre => Abschlusszeugnis (Hintergrund dieser Anerkennung ist, dass die Absolventin oder der Absolvent einer Hochschule bzw. Universität umfassend geschult wurde. Er/Sie hat damit erst vor kurzem die neuesten Erkenntnisse gelehrt bekommen.)

Anerkannt werden alle Nachweise der letzten drei Jahre.

Der Umfang der besuchten Weiterbildung muss in Summe der Veranstaltungen der letzten drei Jahre für eine Person mindestens 18 Zeitstunden umfassen.

Es muss ein Bezug des Inhaltes der Weiterbildung zum Fördervorhaben oder Weiterbildungsmaßnahmen in Querschnittsthemen, wie Ökonomie, der Verbesserung des Umwelt-, Klima- und Verbraucher- und Tierschutzes erkennbar sein.

Die Weiterbildung kann sowohl von der Betriebsleitung oder vom Vorstandsmitglied als auch von einer, für den zu fördernden Investitionsbereich verantwortlichen Person, die in diesem Bereich tätig sind, wahrgenommen werden.

Es können nur bereits abgeschlossene Weiterbildungsmaßnahmen anerkannt werden.

Die Teilnahmenachweise sind mit den Antragsunterlagen einzureichen.

6. Wonach werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

Auswahlkriterium	Punktzahl
Investitionen in benachteiligtem Gebiet ^(*)	600
Anteil Dauergrünland ^(*)	600
Investitionen in besonders tiergerechte Haltung ^(*)	400
Ausrichtung der Investition ^(*)	
Imkerei	600
Wanderschäfferei	600
Schaf- und Ziegenhaltung	500
Rinderhaltung	400
Schweinehaltung	200
andere Tierhaltungen	300
Gartenbau/Weinbau/Dauerkulturen	600
Verarbeitung und Vermarktung	600
alle anderen Investitionen**	600
Ökobetriebe	300
Anwendung Qualitätssicherungssysteme	300
Investitionen in besonders innovative Projekte/EIP	600
Investitionen aufgrund von Katastrophen	500
Junglandwirte/in oder Existenzgründung	300
Teilnahme an fachlichen Weiterbildungsmaßnahmen	400
Investition in Tierhaltung unterhalb der Obergrenzen der BlmSchV	300
Investitionen im Rahmen einer Kooperation	300
besonders umweltfreundliche, Ressourcensparende Vorhaben(*) > 5- 10 % / > 10%	400/600

* Bei diesen Kriterien erfolgt eine anteilige Berücksichtigung je nach Anteil an der Betriebsfläche bzw. am förderfähigen Investitionsvolumen

** Investitionen in andere Produktionsbereiche, die der Diversifizierung des Unternehmens dienen

7. Welche Voraussetzungen und besonderen Verpflichtungen gelten für die zu fördernden Vorhaben?

- 7.1. Der Investitionsort und der Betriebssitz müssen in Sachsen-Anhalt liegen.
- 7.2. Der Antragsteller hat besondere Anforderungen in mindestens einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz zu erfüllen. Diese sind in Anlage 3 der

Richtlinie in Form einer Beispielliste dargestellt. Der Antragsteller hat die entsprechenden Nachweise bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

- 7.3. Stallbauinvestitionen werden nur gefördert, wenn sie die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung (Siehe Richtlinie) erfüllen. Die Anforderungen unterliegen einer ständigen Überprüfung.
- 7.4. Für die zu fördernden Vorhaben ist ein lückenlos nachweisbares Nutzungsrecht erforderlich, das mindestens den Zweckbindungszeitraum abdeckt. Der Nachweis ist gegenüber der Bewilligungsbehörde zu erbringen.
- 7.5. Die in der Richtlinie genannten Prosperitätsgrenzen sind einzuhalten. Es sind die letzten drei vorliegenden Steuerbescheide zur Überprüfung bei der Bewilligung vorzulegen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften müssen diese Voraussetzungen für alle Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder und Aktionäre eingehalten werden, wenn sie über einen Kapitalanteil von mehr als 10 % verfügen.
- 7.6. Die Bewilligung von genehmigungspflichtigen Vorhaben nach Bauordnung Sachsen-Anhalt (BauO LSA) oder Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der jeweils geltenden Fassung ist nur nach Vorlage der Genehmigung möglich. Es muss ein bestandskräftiger oder vollziehbarer Bescheid vorliegen.
- 7.7. Anhand eines Investitionskonzepts ist die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit des Vorhabens nachzuweisen. Hier ist auch die bisherige Unternehmensentwicklung darzustellen. Dazu sind die Zahlen der Vorwegbuchführung zu nutzen. Aus der Vorwegbuchführung muss sich der Erfolg der bisherigen Bewirtschaftung nachweisen lassen. Die entsprechenden Jahresabschlüsse sind bei der Bewilligungsbehörde mit einzureichen.

Die Jahresabschlüsse, die Grundlage der Antragsprüfung sind, müssen von dem Unternehmer bzw. den Unternehmern und dem Leiter der landwirtschaftlichen Buchstelle oder der sonstigen buchführenden Stelle unterzeichnet sein, sofern eine landwirtschaftliche Buchstelle oder eine sonstige buchführende Stelle in Anspruch genommen wird. Bei prüfungspflichtigen Unternehmen ist ein geprüfter Jahresabschluss mit dem uneingeschränkten Testat eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorzulegen. Wird weder eine landwirtschaftliche Buchstelle oder eine sonstige buchführende Stelle in Anspruch genommen und besteht keine Prüfungspflicht, ist der Jahresabschluss von dem antragstellenden Unternehmer bzw. den antragstellenden Unternehmern oder einem Bevollmächtigten zu unterschreiben.

8. Vergabe von Lieferungen und Leistungen

- 8.1. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt hat ein Merkblatt "Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/ EGFL- Förderprojekten" erstellt. Die dortigen Hinweise sind zu beachten.
- 8.2. Der Antragsteller hat unter Einholung von drei Angeboten Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Diese Anforderung kann nur mit einer produktneutralen Einholung von Angeboten gewährleistet werden.

In den Fällen, in denen nur vergleichbare Angebote eines bestimmten Herstellers (aber von verschiedenen Händlern) vorliegen, könnte ein Verstoß gegen das Erfordernis, produktneutral Angebote einzuholen, vorliegen. In diesen Fällen ist durch den Zuwendungsempfänger der Nachweis der produktneutralen Angebotsabforderung zu erbringen, beispielsweise durch produktneutral verfasste Anfragen an Händler verschiedener Hersteller, die schriftlich oder auch als Gesprächsnotizen fixiert wurden.

- 8.3. Die Angebote müssen vergleichbar sein. Vergleichbarkeit liegt vor, wenn wesentliche Leistungsmerkmale und Ausstattung ähnlich sind, z.B. durch Vorgabe eines Leistungsverzeichnisses oder einer (konkreten) Aufgabenstellung und diese Angebote in einem gewissen Zeitrahmen liegen. Die Leistungen müssen mit den Zielen der Förderung im Einklang stehen, das heißt angemessen sein. Weiterhin müssen die Angebote zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe gültig sein.
- 8.4. Wenn das wirtschaftlichste Angebot nicht das preislich günstigste Angebot ist, muss der Antragsteller dies nachvollziehbar begründen. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht immer entscheidend. Es ist zu begründen, warum unter den Angeboten der Zuschlag auf das Angebot erteilt wurde. Die Auswahl ist unter Berücksichtigung weiterer Gesichtspunkte, wie z. B. Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebs- und Folgekosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe oder Ausführungsfrist vorzunehmen. Die Wirtschaftlichkeit muss dann durch den Antragsteller begründet, dokumentiert, nachvollziehbar und plausibel schriftlich dargelegt werden. Am geeignetsten zur Bestimmung der Wirtschaftlichkeit ist dabei eine einfache Kosten-Nutzen Analyse der Angebote, welche die betriebsspezifischen Kriterien berücksichtigt.
- 8.5. Bei Aufträgen bis zu 500 Euro (sog. Direktkauf) kann auf die Einholung von mehreren Angeboten verzichtet werden. Unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist jedoch die Kostenplausibilität durch Preisvergleiche (mindestens drei) vom Zuwendungsempfänger nachzuweisen.
- 8.6. Barzahlungen sind nicht anerkennungsfähig.
- 8.7. Für Betreuungsleistungen entfällt die Pflicht der Einholung von drei Angeboten. Hier ist es ausreichend, einen Betreuer von der vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlichten Liste der anerkannten Betreuer auszuwählen.
- 8.8. Für die Erstellung des Investitionskonzeptes müssen keine drei Angebote eingeholt werden. Hier ist die Grenze der anerkennungsfähigen Ausgaben auf 700 EUR begrenzt. Ausgaben für das Investitionskonzept sind allgemeine Aufwendungen. Die entsprechende Obergrenze von 12 % ist zu beachten. Zum Nachweis der erbrachten Leistung ist die Rechnung über die Erstellung des Konzeptes spätestens zum Nachweis der Verwendung einzureichen.
- 8.9. Zur Plausibilität der beantragten förderfähigen Ausgaben sind möglichst schon zur Antragstellung drei vergleichbare Angebote einzuholen, beziehungsweise ist -unter Nutzung von Referenzsystemen- die Plausibilität der Ausgaben/Kosten für die Bewilligungsbehörde nachvollziehbar darzustellen.
- 8.10. Beim Abschluss eines Leistungsvertrages mit einem Architekten/Ingenieur sind 3 Angebote einzuholen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn diese ausschließlich Planungsleistungen betreffen und nicht der Ausführung zuzurechnen sind und die Leistungen vor Antragstellung vergeben wurden.

9. Vorzeitiger Maßnahmebeginn

- 9.1. Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Als Vorhabenbeginn ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit sowie bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung. Hierzu zählen unter anderem auch Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen, die der Beantragung der Förderung dienen.
- 9.2. Um landwirtschaftlichen Unternehmen förderunschädlich dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen, kann im Einzelfall die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt werden. Die außerordentliche Dringlichkeit ist vom Antragsteller nachzuweisen.
- 9.3. Bei einer Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns trägt der Antragsteller das volle Finanzierungsrisiko, auch bei Änderung der Rahmenbedingungen oder einer möglichen Ablehnung im Rahmen des seit 2014 zwingend vorgeschriebenen Auswahlverfahrens (siehe Nr. 5 und 6). Die Zustimmung zum vorzeitigen Beginn stellt keine Entscheidung über die beantragte Zuwendung dar.
- 9.4. Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns gilt nur für Vorhaben, die nicht vor Antragstellung und Genehmigung begonnen wurden.

10. Publizitätspflichten

- 10.1. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, bestimmte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu erfüllen.
- 10.2. Nähere Angaben entnehmen Sie dem Leitfaden für Empfängerinnen und Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie aus der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)- Vorschriften der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums 2014-2020 (2023)“ und den darin enthaltenen Vorlagen. Diese können unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/informations-kommunikationspflichten/> heruntergeladen werden.
- 10.3. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, bei Vorhandensein einer Website, die nicht ausschließlich zu privaten oder familiären Zwecken genutzt wird, das geförderte Vorhaben dort zu beschreiben.
- 10.4. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, bei einem förderfähigen Investitionsvolumen von über 50.000 Euro, eine Erläuterungstafel für den Zeitraum der Durchführung anzubringen. Ein Muster wird dem Zuwendungsbescheid beigelegt. Der Zuwendungsempfänger kann dies nutzen, muss jedoch gewährleisten, dass die Erläuterungstafel je nach Anbringungsort gegen äußere Witterungseinflüsse geschützt wird.

- 10.5. Bei Zuwendungen über 500.000 Euro ist ein Bauschild für den Zeitraum der Durchführung aufzustellen. Spätestens drei Monate nach Abschluss des Vorhabens ist mindestens über den Zweckbindungszeitraum eine Erläuterungstafel anzubringen. Bezüglich der Gestaltung ist der Leitfaden (Siehe 10.5) zu nutzen.
- 10.6. Sowohl Bauschild als auch Erläuterungstafel sind an einem für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Ort anzubringen bzw. aufzustellen.

11. Welche Rechnungen und Belege werden anerkannt?

- 11.1. Mit dem Zahlungsantrag sind die Zahlungen durch Rechnungen und Zahlungsnachweise im Original oder durch gleichwertige Unterlagen zu belegen. Anerkannt werden ausschließlich nachweislich bezahlte Rechnungen.
- 11.2. Nur Originalrechnungen können als Rechnungsbelege anerkannt werden. Als Originalrechnungen gelten auch elektronische Rechnungen, die dem Begünstigten z. B. als pdf –Dokument per E-Mail übermittelt wurden, und Rechnungen, die der Rechnungssteller dem Rechnungsempfänger ausschließlich per Fax zugestellt hat.
- 11.3. Die Rechnungen müssen auf den Zuwendungsempfänger ausgestellt sein.
- 11.4. Der Liefer- oder Leistungsumfang muss auf den Rechnungen ersichtlich sein, dies gilt auch für Abschlagsrechnungen. Anderenfalls kann die Rechnung nur anerkannt werden, wenn auf ein Angebot bzw. Auftrag Bezug genommen wird oder eine prüfbare Aufstellung des Liefer- oder Leistungsumfangs vorgelegt wird.
- 11.5. Rechnungen ausländischer Unternehmer müssen ebenfalls die im Geschäftsverkehr üblichen Anforderungen erfüllen. Bei Bedarf kann eine amtliche deutsche Übersetzung verlangt werden.
- 11.6. Skonti, Rabatte und Gutschriften sind nicht förderfähig und vom Rechnungsbetrag abzuziehen. Bei Skonti und Rabatten gilt dies unabhängig davon, ob sie vom Zuwendungsempfänger in Anspruch genommen wurden.
- 11.7. Abgerechnete und bezahlte Leistungen müssen tatsächlich erbracht worden sein. Fertigstellungsbürgschaften fallen nicht unter diese Regelungen und können nicht als bezahlte Beträge anerkannt werden.

12. Wie sind die Rechnungen zu bezahlen?

- 12.1. **Der Antragsteller muss Inhaber des rechnungsbegleichenden Kontos sein, d.h. die Rechnung darf nur von seinem Konto beglichen worden sein.** Ausnahmen sind der Bewilligungsbehörde nachvollziehbar darzulegen. Zahlungsnachweise sind im Falle von Überweisungen, Abbuchungen oder Sammelanweisungen die Original-Kontoauszüge sowie Ausdrücke elektronischer Kontoauszüge z. B. von pdf-Dateien der kontoführenden Bank.
- 12.2. Bitte beachten Sie, dass Ausgaben, die bar bezahlt wurden, nicht als zuwendungsfähige Ausgaben anerkannt werden können. **Nutzen Sie die Möglichkeit der Kartenzahlung.**
- 12.3. Beträge aus Gewährleistungs- und Sicherheitseinbehalten können als gezahlte Beträge anerkannt werden. Es muss sich um ein gefördertes Vorhaben mit vertraglich geregelten Gewährleistungsfristen nach der VOL / VOB handeln und die Überweisungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer müssen tatsächlich erfolgt sein. Für eine Anerkennung müssen folgende Nachweise erbracht werden:

- a) Bei Sicherheitsleistung durch Bürgschaft ist Voraussetzung, dass der Auftraggeber den Bürgen des Auftragnehmers als tauglich anerkannt hat.
Die Bürgschaftserklärung ist schriftlich unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage abzugeben und muss nach Vorschrift des Auftraggebers erfolgen.
Nachweis: Bürgschaftserklärung
- b) Wird die Sicherheit durch Hinterlegung von Geld durch den Auftragnehmer geleistet, so ist der Betrag bei einem zu vereinbarenden Geldinstitut auf ein Sperrkonto einzuzahlen, über das beide Parteien nur gemeinsam verfügen können. Etwaige Zinsen stehen dem Auftragnehmer zu.
Nachweis: Angaben zum vereinbarten Sperrkonto (Bankinstitut/BLZ/Kontonummer) mit Einzahlungsnachweis über den eingezahlten Geldbetrag.

13. Was ist beim Zahlungsantrag zu beachten?

- 13.1. Mit dem Zahlungsantrag ist eine Übersicht (Rechnungsblatt) über die im Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben einzureichen, in der durch den Antragsteller förderfähige und nicht förderfähige Ausgaben zu kennzeichnen und die Summe der förderfähigen Ausgaben anzugeben sind. Es ist darauf zu achten, dass die nicht förderfähigen Ausgaben im Zahlungsantrag von den förderfähigen abgezogen werden.
- 13.2. Stellt die Bewilligungsbehörde bei der Prüfung des Zahlungsantrages nicht förderfähige Ausgaben fest, welche als förderfähig gekennzeichnet wurden, werden diese gekürzt und bei mehr als 10 % Differenz zu den angegebenen förderfähigen Ausgaben zusätzlich sanktioniert.
- 13.3. Außerdem ist eine Kürzung der Ausgaben bei Nichteinhaltung von Auflagen möglich.

HERAUSGEBER :

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.

www.europa.sachsen-anhalt.de